

Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Bevölkerung soll über stadtweites Bettelverbot entscheiden

Mit der Volksabstimmung vom 01. Juni 2008 wurde ein Bettelverbot für den Bahnhof von rund 75% der StimmbürgerInnen deutlich angenommen. Damit ist klar: Die Bernerinnen und Berner haben von organisierten Bettelbanden, welche auch nicht vor Kinderarbeit zurückschrecken, genug.

Weiter hat das Bundesgericht mit seiner Entscheid vom 09. Mai 2008 klar gemacht, dass ein gemeindeweites Bettelverbot zulässig ist. Die Bundesrichter gewichten die öffentliche Sicherheit sowie den Schutz von Kindern höher als das individuelle Recht zu betteln. Zwar sei Betteln als Form der Hilfesuche ein elementares Freiheitsrecht, doch sei zu beachten, dass Bettler – insbesondere Kinder – häufig im Rahmen von organisierten Netzen ausgenutzt würden. Zudem weist das Bundesgericht darauf hin, dass ein gemeindeweites Bettelverbot sinnvoll sei, da sich bei einem örtlich beschränkten Verbot die Bettelszene an andere Orte verlagere. Die Befürchtung, ein stadtweites Bettelverbot verletzte unrechtmässig elementare Grundrechte, ist somit unbegründet.

Bisher war ein gemeindeweites Bettelverbot im Stadtrat sehr umstritten. Das Abstimmungsresultat vom 01. Juni 2008 zeigt nun, dass die Bevölkerung zum Bettelverbot offensichtlich eine andere Haltung als die Parlamentsmehrheit vertritt. Die Bernerinnen und Berner sollen deshalb die Möglichkeit erhalten, sich direkt über ein gemeindeweites Bettelverbot zu äussern.

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Dem Stadtrat möglichst rasch eine Vorlage inklusive Abstimmungsbotschaft für ein stadtweites Bettelverbot vorzulegen.
2. Alle weiteren nötigen Schritte einzuleiten, um eine möglichst rasche Volksabstimmung über ein stadtweites Bettelverbot zu ermöglichen.

Das vorgeschlagene Vorgehen bietet insbesondere drei Vorteile:

- Die seit Jahren andauernde Diskussion um ein stadtweites Bettelverbot kann mit einer Volksabstimmung klar entschieden werden.
- Der Volksentscheid vom 01. Juni weist auf einen Meinungsunterschied zwischen Parlamentsmehrheit und Bevölkerung hin. Eine Volksabstimmung schafft hier Klarheit.
- Dank der neuen Bahnhofsordnung erhalten sowohl Befürworter als auch Skeptiker bis zur Volksabstimmung Zeit, Erfahrungen mit dem Bettelverbot zu sammeln und ihre Schlüsse daraus zu ziehen.

Begründung der Dringlichkeit:

1. Es ist bereits eine Motion zum Bettelverbot hängig. Im Sinne eines effizienten Ratsbetriebs sollen die beiden Vorstösse möglichst zusammen behandelt werden.
2. Die Volksabstimmung vom 01. Juni 2008 brachte ein klares Verdikt hervor. Die Bevölkerung sollte deshalb raschmöglichst die Gelegenheit erhalten, über ein städtisches Bettelverbot abzustimmen.

Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF), Dannie Jost, Pascal Rub, Yves Seydoux, Ueli Haudenschild, Dolores Dana, Christoph Zimmerli, Markus Kiener, Thomas Balmer, Hans Peter Aeberhard

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Seit dem 1. Oktober 2008 wird das neue Reglement vom 1. Juni 2008 betreffend die Benützung des städtischen Teils des Bahnhofs Bern (Bahnhofreglement; BHR; SSSB 732.21) umgesetzt, wonach Betteln im städtischen Teil des Bahnhofs Bern untersagt ist. Die Durchsetzung des Bettelverbots erfolgt ohne nennenswerte Probleme. Bereits nach wenigen Tagen waren keine Bettelnde in diesem Bereich mehr anzutreffen. Das Aufrechterhalten dieses Zustands bedingt allerdings eine tägliche Präsenz der Kontrollorgane, ansonsten wieder eine Verschiebung der Bettelnden in den städtischen Teil des Bahnhofs Bern erfolgt.

Bisher konnte festgestellt werden, dass sich die Bettelnden seit dem Inkrafttreten des neuen Bahnhofreglements vermehrt in der ganzen Innenstadt verteilen. Momentan ist es noch zu früh, weitere Schlüsse zu ziehen. Der Gemeinderat hat jedoch ein Interesse an der Klärung der Thematik. Aus diesem Grund hat er bereits im Mai 2008 dem Stadtrat beantragt, ein Postulat mit ähnlichem Inhalt (Postulat Fraktion SP/JUSO, Giovanna Battaglio, SP: Auswertung Kontrolle Bettelei im Stadtzentrum und Durchsetzung Bettelverbot im Bahnhof) erheblich zu erklären. Der Gemeinderat wird in dessen Rahmen die aufgeworfenen Fragen klären und die Situation erneut analysieren sowie Bericht erstatten.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Durchsetzung des Bettelverbots bindet durch die notwendige Präsenz der Kontrollorgane beträchtliche personelle Ressourcen. Ein Bettelverbot würde einen Ausbau der Kontroll- und Vollzugstätigkeit mit sich bringen und somit eine Aufstockung des Personalbestands bedeuten. Dies hätte eine Erhöhung der Personalkosten zur Folge.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 3. Dezember 2008

Der Gemeinderat